

bremerFORUM

INFORMATIONEN DER SPD-LANDESORGANISATION BREMEN



FOTO: FOCKE STRANGMANN/SPD LAND BREMEN

Im Vorwahlkampf zur Bundestagswahl 2021 besuchte der Kanzlerkandidat Olaf Scholz im Juni das Bremer Stahlwerk und signalisierte seine Unterstützung für die Transformation des Stahlwerks zur Produktion von „Grünem Stahl“.

STAHL HAT ZUKUNFT

Wichtiger Schritt für die Transformation des Bremer Stahlwerks erfolgt

Von Bürgermeister Andreas Bovenschulte, Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen

Das Land Bremen war und ist einer der stärksten Industriestandorte in Deutschland. Die Luft- und Raumfahrtindustrie ist führend in Europa, das Mercedes-Werk ist eines der größten weltweit, dazu kommen die Stahlwerke, die Lebensmittelindustrie und die Häfen. Die industrielle Produktion ist die Basis für unseren Wohlstand. Sie schafft und sichert Tausende gut bezahlte Arbeitsplätze in Bremen und Bremerhaven. Deshalb müssen wir unsere Unternehmen bei der notwendigen ökonomischen und ökologischen Transformation unterstützen und fit für die Zukunft machen.

Förderung aus Berlin

Einen wichtigen Schritt in diese Richtung sind wir Anfang Februar gegangen, als Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck in Bremen war und die Förderzusage für den klimafreundlichen Umbau unseres Stahlwerks mitgebracht hat. Mehr als 800

Millionen Euro erhält das Stahlwerk aus verschiedenen Projekten vom Bund, der Landesanteil Bremens an der Förderung beträgt rund 250 Millionen Euro.

Der Umbau des Stahlwerks ist eines der größten Transformationsprojekte in Deutschland und eine der größten Herausforderungen für die Bremer Wirtschaftspolitik. Seit 100 Jahren sind die Stahlwerke ein wichtiger industrieller Wirtschaftsfaktor in Bremen und mit mehr als 3.000 Beschäftigten einer der größten Arbeitgeber und Ausbildungsbetriebe Bremens. Die Bedeutung des Stahlwerks ist darüber hinaus auch in Bezug auf Wertschöpfungs- und mittelbare Beschäftigungseffekte enorm; produziert wird der Stahl unter anderem für den Bau von Karosserien, Maschinen, Windrädern und Pipelines.

Gemeinschaftlicher Erfolg

Die Hütte ist aktuell aber eben auch der mit Ab-

stand größte Verursacher von CO₂ im Land Bremen und hat sich daher auf den Weg gemacht, künftig durch Nutzung von Wasserstoff grünen Stahl herzustellen. Rund zweieinhalb Jahre haben Unternehmen, Betriebsräte, IG Metall und Senat daran gearbeitet, die Förderzusage zu erhalten – mit Erfolg! Für die Beschäftigten, den Klimaschutz, für die Sicherung der Wertschöpfung und für die Entwicklung des gesamten Industriestandorts Bremen ist dies ein wichtiger Meilenstein. Nun muss ein ambitionierter Zeitplan umgesetzt werden – bereits 2027 sollen die ersten neuen Anlagen in Betrieb gehen. Ein Erfolg, den wir unserer gemeinschaftlichen Anstrengung zu verdanken haben.

Damit ist klar: Arbeitsplätze bleiben erhalten, Wettbewerbsfähigkeit ist gesichert und Stahl in Bremen hat Zukunft! ■

HALBZEIT DER AGENDA 2030 FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

Interview mit Sarah Ryglewski über die Agenda 2030 der Vereinen Nationen und die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie



FOTO: FIONN GROSE

Als Staatsministerin im Bundeskanzleramt ist Sarah auch für das Thema Nachhaltigkeit zuständig.

Neben den Bund-Länder-Beziehungen bist du als Staatsministerin im Bundeskanzleramt auch für nachhaltige Entwicklung zuständig. Was bedeutet das genau?

Im Jahr 2015 haben sich die 193 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen auf die Agenda 2030 geeinigt, die insgesamt 17 Nachhaltigkeitsziele (SDG) beinhaltet. Sie ist ein Fahrplan für eine sozial, wirtschaftlich und ökologisch nachhaltige Entwicklung und umfasst neben den Bereichen Klima- und Umweltschutz auch Themen wie zum Beispiel die Bekämpfung von Hunger und Armut oder die Einrichtung von fairen Handelsbeziehungen. Mit der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie wurden die Ziele der Vereinten Nationen in eine nationale Strategie überführt. Als Staatsministerin, zuständig für die Nachhaltigkeitspolitik der Bundesregierung, leite ich zum Beispiel den Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung, der ein zentrales Steuerungsorgan der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie ist und Strategien zur Umsetzung der Agenda 2030 erarbeitet.

Im Oktober letzten Jahres hat die Bundesregierung eine Halbzeitbilanz zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele 2030 gezogen. Was wurde bisher erreicht, was muss besser werden?

Wir haben in dieser Legislaturperio-

de schon ordentlich was vorangebracht: Mehr als die Hälfte des deutschen Strombedarfs kam 2023 aus regenerativen Quellen. Das Deutschlandticket, mit dem Millionen Bürgerinnen und Bürger unterwegs sind, hat der Mobilität in Deutschland einen Schub zu mehr Nachhaltigkeit gegeben. Und wir haben das Bürgergeld eingeführt und damit unter anderem dafür gesorgt, dass Aus- und Weiterbildung bei der Arbeitsvermittlung einen höheren Stellenwert haben. So erhalten mehr Menschen die Chance auf dauerhafte Beschäftigung und kommen raus aus dem Drehtür-Effekt, in dem sie von einer kurzfristigen Beschäftigung

zur nächsten wechseln. Trotzdem: Die Zeit drängt, es sind nur noch sechs Jahre, um die Ziele der Agenda 2030 zu erreichen. Dieser Herausforderung stellen wir uns. Deshalb haben wir zur Halbzeit der Agenda 2030 einen Beschluss gefasst mit dem Titel „Mit Mut gemeinsam Zukunft

gestalten – weiter Fahrt aufnehmen“. Darin machen wir sehr konkret: Was haben wir bereits erreicht, was wollen wir erreichen und auf was verpflichten wir uns. Und wir machen klar: Es geht darum, weiter Tempo aufzunehmen. Wir haben noch viel vor – international wie national.

Was genau habt ihr vor?

International sind der Summit of the Future und die Hamburg Sustainability Conference wichtige Meilensteine. Hier wollen wir gemeinsam mit unseren Partnern auf der globalen Ebene vorankommen. Bei meinen Treffen mit vielen zivilgesellschaftlichen Vertreterinnen und Vertretern des globalen Südens im Vorfeld des Nachhaltigkeitsgipfels in New York ist mir auch nochmal sehr deutlich geworden: Die Weltgemeinschaft zählt auf Deutschland.

National werden wir in diesem Jahr auch die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie fortentwickeln und auf den neuesten Stand bringen. Sie soll noch konkreter und lebensnäher gestaltet werden. Dazu haben wir eine Dialogreihe mit den Bürgerinnen und Bürgern gestartet, die im vergangenen Dezember auch in Bremen Halt gemacht hat und aus der ich viel mitgenommen habe für die Aktualisierung der Nachhaltigkeitsstrategie. Im Herbst 2024 soll die überarbeitete Nach-

ZUR PERSON:



FOTO: FIONN GROSE

Sarah Ryglewski, 41, geb. in Köln, Dipl.-Politologin. Seit 2002 in Bremen, vertritt seit 2015 Bremen im Bundestag. Seit 2021 Staatsministerin im Bundeskanzleramt, zuvor Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen und seit 2017 Beisitzerin im SPD-Parteivorstand.

ZIELE FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG



» Wir stellen jetzt die Weichen dafür, dass wir auch in Zukunft gut in Deutschland leben können.« Sarah Ryglewski

haltigkeitsstrategie dann vom Bundeskabinett beschlossen werden.

Welche Themen bzw. Bereiche haben besondere Priorität?

Zentrales Thema bleibt der Kampf gegen den Klimawandel. Wie sehr es dabei auch um unseren eigenen Schutz geht, zeigen die jüngsten Naturkatastrophen wie beispielsweise die Überschwemmungen in vielen Regionen Deutschlands – auch bei uns in Bremen.

Wichtig ist: Nachhaltigkeit ist kein Selbstzweck. Eine nachhaltigere Gesellschaft ist gleichzeitig auch eine resilientere Gesellschaft. Konkret heißt das: Der Ausbau der Erneuerbaren Energien und der Kreislaufwirtschaft schont Ressourcen, macht uns unabhängiger von Drittstaaten und stärkt unsere Versorgungssicherheit. Gleichzeitig schaffen wir dadurch gut bezahlte Arbeitsplätze und stärken den Wirtschafts- und Technologiestandort Deutschland. Ein ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltiges Gemeinwesen ist die beste Antwort auf zukünftige Krisen und der richtige

Weg, um unseren Wohlstand dauerhaft zu erhalten.

Mit Blick auf die soziale Dimension müssen wir auch anerkennen, dass die Klima- und Umweltkrise nicht alle gleich trifft. Ärmere Menschen sind oft höheren Umweltbelastungen ausgesetzt als reichere Menschen – und zwar in vielfältiger Weise.

Inwiefern?

Sie wohnen beispielsweise oft an verkehrsreichen Straßen mit einer hohen Lärmbelastung und Umweltverschmutzung. Auch Kosten in Folge der Klimakrise, wie beispielsweise Schäden durch Extremwetter-Ereignisse, sind für sie schneller finanziell existenzbedrohend. Auf unserem Weg zu einer nachhaltigen Gesellschaft müssen wir auf diese Unterschiede eingehen. Denn nur so stellen wir sicher, dass dieser Weg auch von allen gemeinsam gegangen werden kann. Deshalb entlastet die Bundesregierung insbesondere Geringverdiener, beispielsweise bei den Energiekosten und bei der Anschaffung einer neuen Heizung.

Was ist darüber hinaus noch wichtig?

Für eine gerechte, inklusive, nachhaltige Entwicklung brauchen wir außerdem engere Sozialpartnerschaften, mehr betriebliche Mitbestimmung und eine stärkere Tarifbindung, gerade auch in Ostdeutschland. Mit dem Tariftreuegesetz und der Anhebung des Mindestlohns haben wir hier schon Gutes auf den Weg gebracht. Zudem wollen wir mit dem Startchancen-Programm für bis zu 4.000 Schulen mit hohem Anteil an sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen gemeinsam mit den Ländern den Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildung aufbrechen.

All das hilft auch den Zusammenhalt unserer Gesellschaft zu stärken in unserem Aufbruch in eine nachhaltige Zukunft. Aber was es vor allem braucht, ist ein klarer Blick auf das, was wir gemeinsam erreichen können, für uns selbst und für zukünftige Generationen. Wir stellen jetzt die Weichen dafür, dass wir auch in Zukunft gut in Deutschland leben können. ■

IMPRESSUM

Herausgeber:

SPD LAND BREMEN
Violenstraße 43
28195 Bremen
info-land-bremen@
spd.de

Redaktion:

Roland Pahl (V.i.S.d.P.)
Namentlich gezeichnete
Beiträge werden von den
Autoren verantwortet.

Seite 4: SPD-Bürger-
schaftsfraktion Bremen,
Andreas Reißig (V.i.S.d.P.),
Wachtstraße 27/29,
28195 Bremen

ANZEIGE

SPD Soziale
Politik für
Dich.



JETZT VOR ORT HALTUNG ZEIGEN!

Argumente
und Materialien
findet ihr hier



INFO

MENTORINGPROGRAMM

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion bietet auch in diesem Jahr wieder ein Mentoringprogramm für Frauen an. In der Zeit vom 7. bis zum 24. April 2024 bietet es interessierten Frauen die Möglichkeit, politische Abläufe und Prozesse aus unmittelbarer Nähe zu beobachten. Dabei geben unsere Abgeordneten als erfahrende Politikerinnen ihr Wissen und ihre Kenntnisse weiter und die Mentees begleiten sie zu den unterschiedlichsten Terminen. Eine Anmeldung ist bis zum 22. März erforderlich.

Weitere Informationen und die Anmeldung finden sich unter:

www.spd-fraktion-bremen.de/frauen_macht_politik



FOTO: SPD-FRAKTION

GÜNGÖR FÜR AFD-VERBOT

SPD-Fraktionschef bekräftigt Forderung: „Nie wieder – das ist jetzt! Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen – die Prüfung muss beginnen!“

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Mustafa Güngör, hat in der Bürgerschaft seine Forderung bekräftigt, ein Verbotsverfahren gegen die AfD auf den Weg zu bringen. „Nie wieder – das ist jetzt. Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, an dem wir als Demokraten gemeinsam aufstehen müssen! Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, an dem sich alle Demokratinnen und Demokraten geschlossen für ein Verbotsverfahren stark machen müssen! Tun wir nichts, haben wir nichts aus unserer Geschichte gelernt!“, sagte er in einer aktuellen Stunde, die die rot-grün-rote Koalition zum Thema beantragt hatte.

„In der Begründung für diese Aktuelle Stunde ist die Rede von einem

Treffen einflussreicher AfD-Politiker, Rechtskonservativer und prominenter Personen aus der extrem rechten Szene“, sagte der SPD-Fraktionsvorsitzende und betonte: „Ich würde es doch gerne etwas anders formulieren: Dieses Treffen war ein Treffen von Rechtsradikalen. Punkt. Rechtsradikalen aus der Wirtschaft. Rechtsradikalen aus der ‚Identitären Bewegung‘. Rechtsradikalen aus der AfD. Und übrigens auch Rechtsradikalen aus der Werteunion, gegen die nun richtigerweise ein Parteiausschlussverfahren eingeleitet worden ist. Denn wer rassistische Vertreibungsphantasien austauscht und Pläne schmiedet, diese in die Tat umzusetzen, der ist nun mal genau das: ein Rechtsradikaler. Und ich finde, das

müssen wir in Zukunft ganz deutlich beim Namen nennen!“

„Viele Demokraten mögen die AfD noch immer unterschätzen“, so Güngör weiter. „Ich kann Ihnen aber versichern, dass es Menschen gibt, die schon jetzt in sehr großer Sorge sind: Das sind vielleicht nicht die, die Müller, Meier oder Schulze heißen. Das sind Menschen, denen man ansieht, dass sie oder ihre Vorfahren nicht aus Europa kommen, aber auch Menschen, die vielleicht nicht in das Menschenbild der AfD passen. Das sind die Menschen, die als erstes fliehen müssen, die zuerst eingesperrt oder entrechtet werden. Und ich denke, dass es unsere Pflicht ist, alles erdenklich Mögliche zu tun, um diese Menschen zu schützen!“

Güngör betonte, jetzt sei der Zeitpunkt gekommen, an dem sich alle Demokratinnen und Demokraten für ein Verbotsverfahren stark machen müssten. „Ich kann Ihnen hier und heute versprechen, dass wir uns als SPD-Fraktion in den nächsten Wochen und Monaten weiter intensiv mit dieser Frage auseinandersetzen werden. Denn wir brauchen den Schulterschluss aller Demokraten, hier im Parlament – aber auch über die Grenzen unseres Bundeslandes hinaus in den anderen Bundesländern. Und ich kann ihnen versprechen, dass wir weiter darauf hinarbeiten, dass ein Verbotsverfahren gegen die AfD so schnell wie möglich intensiv und gründlich vorbereitet wird. Diese Prüfung muss jetzt beginnen. Denn unsere Haltung ist klar: Diese verfassungsfeindliche AfD muss mit allen uns zur Verfügung stehenden rechtsstaatlichen Mitteln bekämpft werden. Das gehört zum Selbstschutz der Demokratie!“ ■

POLITIK HAUTNAH KENNENLERNEN

SPD-Fraktion bietet erneut Freiwilliges Politisches Jahr an – Bewerbungen ab sofort möglich

Ein hautnahen Einblick in die Politik und die Arbeit der größten Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft – das bietet seit nunmehr drei Jahren die SPD-Bürgerschaftsfraktion mit einem Freiwilligen Politischen Jahr. Der Schwerpunkt liegt dabei in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Interessierte haben aber auch die Möglichkeit, sich aktiv in die parlamentarischen Prozesse einzubringen. Von der Idee zum Antrag, von Beratungen mit den Koalitionspartner:innen bis zum Beschluss des Parlaments – Interessierte haben bei der SPD-Fraktion die Möglichkeit, die Entwicklung von Initiativen von Anfang bis zum Ende mitzuerfolgen und auch mitzugestalten.

Junge Menschen erhalten in einem Freiwilligen Politischen Jahr bei der SPD-Fraktion die Möglichkeit, an verschiedenen Sitzungen teilzunehmen – wie zum Beispiel Fraktionsversammlungen, Sitzungen der Mitarbeitenden mit der Fraktionsführung oder Vorbesprechungen zu Deputationssitzungen. Dies ist eine großartige Möglichkeit für Politikinteressierte, die politische Arbeit aus der Nähe kennenzulernen, sich in verschiedenen Themengebieten einzubringen und Bremen aus einer anderen Perspektive kennenzulernen.

Da die politische Arbeit stetig im Wandel ist, garantiert dieser Freiwilligendienst viel Abwechslung und jeden Tag neue Aufgaben und Herausforderungen.

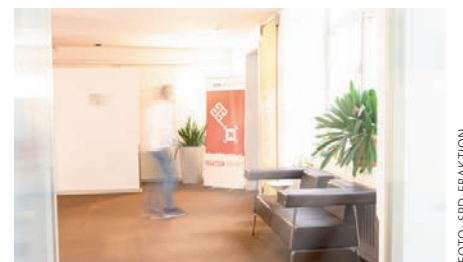


FOTO: SPD-FRAKTION

Der oder die Freiwillige ist dabei vollständig in das Team der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit integriert.

Bewerbungen mit Lebenslauf und Anschreiben bitte über die Webseite:

www.sfd-bremen.de/einsatzstellen/ Rückfragen beantwortet:

Anja Wichitill telefonisch unter 0421 – 33677-30. ■